

## **Antrag**

**der Fraktion der SPD und  
der Fraktion der FDP/DVP**

**Entschließung zu der Regierungsinformation durch den Ministerpräsidenten über die Ergebnisse der Konferenz der Bundeskanzlerin mit den Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten am 2. Dezember 2021 über weitere Schritte zur Bekämpfung der Pandemie sowie über deren Umsetzung im Land**

Der Landtag wolle beschließen,

die Landesregierung zu ersuchen,

Sozialminister Lucha die Zuständigkeit für das Corona-Management zu entziehen.

7.12.2021

Stoch und Fraktion  
Dr. Rülke und Fraktion

### **Begründung**

Die Kommunikation der Corona-Verordnung der Landesregierung ist katastrophal und sorgt für erhebliche Verärgerung in Baden-Württemberg. Das Corona-Regelwirrwarr vom Wochenende ist eine Zumutung. Am Freitag kündigte die Landesregierung 2G-Plus für die Gastronomie und andere Bereiche an. Am Abend erfolgte dann die erste Korrektur, dass für Personen, die geboostert sind, die 2G-Plus-Regelung nicht gilt. Am Samstagabend informieren Abgeordnete der Regierungsfractionen und einzelne Regierungsmitglieder, dass 2G-Plus auch nicht für Personen gilt, deren Zweitimpfung/Genesung nicht länger als 6 Monate her ist. Eine offizielle Mitteilung des Landes folgt dann erst am Sonntagnachmittag. Diese ständig wechselnden Regelungen sind eine Respektlosigkeit gegenüber allen Betroffenen, Anbietern und Gästen in Gastronomie, Kunst, Kultur und Sport. In den bald zwei Jahren der Pandemie wird von Bürgerinnen und Bürgern viel verlangt und die allermeisten bemühen sich redlich, alle Regeln zu befolgen. Die Landesregierung ist daher dringend aufgefordert, mehr Professionalität zu zeigen. Die Bürgerinnen und Bürger benötigen mehr Transparenz und Planbarkeit, statt operativer Hektik.

Sozialminister Lucha hat seit Beginn der Pandemie wiederholt bewiesen, dass er und sein Haus mit der Koordinierung der Corona-Maßnahmen überfordert sind. Der Sozialminister ist bis heute nicht in der Lage, den gesamten Impfprozess effizient und sicher zu gestalten, wie er bei der Verteilung mangelhafter Schutzmasken, der Schließung

der Impfzentren, der Vergabe von Impfterminen und der Kommunikation der notwendigen Corona-Maßnahmen immer wieder bewiesen hat.

Das Krisenmanagement der Landesregierung muss schnellstmöglich verbessert werden. Wie die SPD bereits im Januar 2021 gefordert hat, sollte die Landesregierung die Zuständigkeit schnellstmöglich an eine Stelle übertragen, die in der Lage ist, diese verantwortungsvolle Aufgabe zu übernehmen. Ministerpräsident Kretschmann muss die Bekämpfung der Pandemie endlich zur Chefsache machen.

Es ist offenkundig, dass der bisherige Verantwortliche für die Corona-Politik mit dieser Aufgabe überfordert ist und deshalb von dieser zu entbinden.